

Die Orientfrage stirbt nicht

Neue Aufgaben für den Völkerbund

An Deutschland tritt die Frage heran, ob es einer etwaigen Aufforderung zum Eintritt in den Völkerbund sich versagen soll. Während der Genfer Tagung hat sich namentlich der Schweizer Bundesrat Motta zum Sprecher der internationalen Kreise gemacht, die den Beitritt Deutschlands herbeizuführen wünschen. Die Erklärung, dass bereits in diesem Jahre ein Aufnahmegesuch Deutschlands einstimmig bewilligt worden wäre, zeigt, wie stark der Wunsch nach einer Vervollständigung dieser Institution ist. Freilich ist der Entschluss für Deutschland heute aus Gründen des Gefühls viel schwerer als früher. Der verhängnisvolle Fehler, dass der Völkerbund zunächst als ein Rat der Sieger und der Neutralen konstituiert wurde, lässt sich nicht ungeschehen machen. Es fragt sich nur, ob Deutschland nicht trotzdem Grund hat, die Bestrebungen der Reformfreunde im Völkerbund zu unterstützen. Diese Reformfreunde wollen zunächst einmal den Beitritt sämtlicher europäischer Staaten herbeiführen, und es ist charakteristisch, dass ihr Einfluss gross genug war, den Widerspruch der Kleinen Entente gegen die Aufnahme Ungarns zum Schweigen zu bringen. Nicht minder kennzeichnend war die Tatsache, dass England, Frankreich und Italien in ihrer Note an die Regierung von Angora, die den Zweck verfolgt, die Sieger von Atin-Karahissar an den Verhandlungstisch zu führen, sich „gern“ bereit erklärten, die Zulassung der Türkei zum Völkerbund zu unterstützen. Das geschah unmittelbar nach der Verbreitung der englischen Grenzmeldungen aus Smyrna und am selben Tag, an dem Lloyd George noch einmal die „Kriegssünden“ der Türken in die Erinnerung rief, um die britische Forderung der „Meerengenfreiheit“ zu begründen. Dem Völkerbund soll nach dem Wunsch der Westmächte die Aufsicht über die Meerengen übertragen werden, eine Formel, deren Vagheit nur notdürftig die Schwere der unge lösten Probleme verhüllt. Wenn die Türkei dem Ruf in den Völkerbund folgt, bleiben nur noch Russland und Deutschland draussen, die beiden Mächte, deren etwaige Verständigung der französische Delegierte de Jouvenel als die „Hauptgefahr für den europäischen Frieden“ bezeichnete. Wenn es die Absicht wäre, diese angebliche Gefahr durch Aufnahme Deutschlands unter gleichzeitiger Abstossung der Moskauer Regierung zu beseitigen, so wäre allerdings für Deutschland das Risiko des Eintritts grösser als das der Ablehnung. Aber die Wendung des

französischen Delegierten darf nicht etwa als die Enthüllung geheimer Absichten listiger Verführer betrachtet werden. In der Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ist das offizielle Frankreich alles andere als treibend, und die ominöse Wendung seines Vertreters kann sehr wohl die Absicht verfolgen haben, die retardierenden Kräfte in Deutschland zu verstärken, in der geheimen Hoffnung, hinterher sagen zu können: „Seht, so ist dieses Deutschland, das auch jetzt noch nicht bereit ist, sich einem Friedensbund der Völker anzuschliessen, und es vorzieht, mit Moskau neue Anschläge zu schmieden.“ Ein passives Verhalten gegenüber dem Völkerbund wäre unter diesen Umständen eine Unterstützung der chauvinistischen Tendenzen in Frankreich. Dagegen könnte Deutschland sehr wohl dokumentieren, dass sein Eintritt unter keinen Umständen eine Spitze gegen Russland haben sollte. Wenn die drei Westmächte nicht lange fragen, ob Angora „dem Ideal des Jahrhunderts reif ist und ob es alle Vorbedingungen erfüllt, die für den Eintritt in den Völkerbund gelten sollen, so liegt auch kein Grund vor, sich der Aufnahme Russlands zu widersetzen, gleichviel unter welcher Regierung es steht.

Was geschieht mit den Meerengen?

Die gemeinsame Note der Westmächte an die Regierung der Nationalversammlung von Angora stellte das Ergebnis sehr schwieriger Kompromissverhandlungen dar, deren Scheitern schon deshalb unmöglich war, weil es den Zusammenbruch des ganzen jetzigen Staaten-

systems bedeutet hätte. Aber die Lösung, die bei den Pariser Verhandlungen gefunden wurde, trägt durchaus den Charakter eines Provisoriums. Einmal bleibt die Frage, was wirklich mit den Meerengen geschehen soll, in einem mystischen Dunkel. Denn unter der „Aufsicht des Völkerbundes über die Freiheit der Schifffahrt in den Meerengen“ kann man sich alles oder nichts vorstellen. Noch wichtiger ist, dass die Orientkonferenz, die man Mitte Oktober in Venedig zu veranstalten gedenkt, unter Ausschluss Russlands tagen soll, das seit den Tagen Peters des Grossen und noch mehr seit der Erwerbung der Krim durch Katharina sich mit Recht als nächstbeteiligte Macht fühlt. Zwischen Moskau und Angora ist zudem vereinbart worden, dass beide Mächte nur gemeinsam an die Lösung der Frage des nahen Ostens herangehen wollen. Auch von einer Einladung Bulgariens ist nicht die Rede, obwohl dieses Land an der Frage der Zuteilung Thrakiens aufs stärkste interessiert ist.

Das Hervortreten der Meerengenfrage zeigt erneut, dass die Friedensschlüsse des Jahres 1919, die als der Inbegriff aller Weisheit hingestellt wurden, nur Provisorien waren. Wenn nicht alle Zeichen trügen, ist die Entente auch jetzt nicht imstande, irgendeine befriedigende Lösung dieses Jahrhundert-Problems zu geben. Der Vorschlag, den Bismarck Ende der achtziger Jahre machte, hatte den Vorzug, ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte, eine gegenseitige Bindung herbeizuführen. Bismarck wollte Russland den vorwiegenden Einfluss auf den Bosphorus, seinen „Hauseinschlüssel“, verschaffen und es den Engländern überlassen, an den Dardanellen ein Gegengewicht zu schaffen. Kaiser Wilhelm, dessen „Erinnerungen“ jetzt die Zahl der Memoirenbände vermehren sollen, berichtet, das er als Prinz zum Ueberbringer dieser

Vorschläge an die Russen ausersehen war. Er macht aber Bismarck den Vorwurf, dass er die Russen nicht schon 1878 nach Konstantinopel gelassen und dass sein Einfluss auf dem Berliner Kongress einen russisch-englischen Krieg verhindert habe. Im gleichen Atem beklagt sich der Kaiser darüber, dass Bismarck kein Verständnis für sein Bestreben gehabt habe, die Türken zu Bundesgenossen zu machen. Dieses Beispiel zeigt, wie viele andere, dass der Kaiser auch bei rückschauender Betrachtung noch nicht den Grundfehler erkannt hat, der seine Politik mit Unfruchtbarkeit schlug: die Zweispieltigkeit, die die extremsten Gegensätze miteinander vereinbaren wollte, die zugleich ein Bündnis mit den Türken gegen die Russen und ein enges Zusammenwirken mit Russland unter Opferung der Türken erstrebte.

Russlands Orientziele

Mag die wirtschaftliche Lage des russischen Volkes auch noch so furchtbar sein — und sie ist es —, und mag die Sowjetarmee schlechter sein als ihr Ruf, so bleibt doch ein Volk von 150 Millionen, das allmählich seine alten Grenzen wieder anstrebt, ein Machtfaktor, den man nicht ungestraft vernachlässigen darf. Die Aussenpolitik ist zudem ohne Zweifel eine Stärke der Sowjetregierung, die in der Person des Ministers Georg Tschitscherin über einen Fachmann von ungewöhnlichen Eigenschaften verfügt. Tschitscherin hat, bevor er einen mehrmonatigen Aufenthalt in Berlin beendigte, einem Vertreter der „Vossischen Zeitung“ ausdrücklich den festen Entschluss bekundet, aktive Politik zu betreiben, nicht im Sinne einer aggressiven Politik, wohl aber in den Linien, die durch die geographischen und wirtschaftlichen Bedürfnisse Russlands in jeder Regierungsform bedingt sind. Die „Freundschaft“, die Tschitscherin gegenüber Deutschland zum Ausdruck brachte, insbesondere die Betonung der Tatsache, dass eine wirtschaftliche Zerrüttung Deutschlands auch für Russland schädliche und verhängnisvolle Folgen habe, hindert freilich nicht, dass die deutschen Kommunisten eine Politik betreiben, die darauf hinausläuft, Deutschland zum Tummelplatz derselben Experimente zu machen, die auch die extremsten Bolschewisten in Russland selbst längst bereuen und bedauern. Die russische Regierung erklärt sich nicht verantwortlich für die Taten der Kommunistischen Internationale. Immerhin könnten die Kommunisten ihre Agitation nicht einen Tag lang aufrechterhalten, wenn ihnen nicht aus russischen Hilfsquellen die Mittel für ihre Presse und ihren Parteiapparat zuströmen.

Die Hoffnung der Kommunisten beruht weniger auf ihrer eigenen Werkkraft als auf dem Erfolg der Retorsionsdrohungen Poincarés, die



Nach deutschen Puppen und Spielwaren greifen die Kinder in der ganzen Welt

(Siehe auch die Artikel über deutsches Spielzeug auf Seite 9 und 11.)

Die hier abgebildeten Charakter-Puppen sind nach Entwürfen der bekannten Künstlerin Käthe Kruse hergestellt